

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr 47.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsereate pro Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 23. November 1907.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 6.
Verantwortlicher Redakteur:
F. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Burg bei Magdeburg, Leisnig, Sonnenberg und Neustadt v. Nov.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Blankenburg, Göttingen, Schwabach, Neu-Zandberg und Bromberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

II.

Die Lohnbewegungen ohne Arbeits-Einstellung.

Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden 4470 statt, die sich auf 7225 Orte und 37 998 Betriebe mit 766 462 Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. In 2152 der von solchen Bewegungen betroffenen Orte bestand eine Unternehmerorganisation. In 1787 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer solchen Organisation an. An den Lohnbewegungen beteiligt waren insgesamt 593 724 Personen, und die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 Mk. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 911 mit 112 846 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 451 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 177 in 129 Orten statt. Sie erstreckten sich auf 360 Betriebe mit 21 610 Beschäftigten. In 91 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer Organisation an. An diesen Bewegungen nahmen teil 7982 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtausgaben betrugen 1383 Mk. Es endeten erfolgreich 158 Bewegungen mit 7587 Beteiligten, teilweise erfolgreich 10 Bewegungen mit 199 Beteiligten und erfolglos 9 Bewegungen mit 196 Beteiligten.

Die gesamten Lohnbewegungen wurden von 47 gewerkschaftlichen Organisationen geführt, und zwar hatten Angriffsbewegungen die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Bildhauer, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Glasarbeiter, Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Gutmacher, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Textilarbeiter, Töpfer und Vergolder.

Nur an Angriffsbewegungen waren beteiligt die Organisationen der Bäcker, Bergarbeiter, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter, Dachdecker, Fleischer, Gärtner, Gemeindegeldarbeiter, Glaser, Hafnarbeiter, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Kürschner, Lithographen, Maurer, Mühlenarbeiter, Portefeuller, Schiffszimmerer, Schirmmacher, Schmiede, Schneider, Steinarbeiter, Steinseher, Stukkateure, Tabakarbeiter, Tapezierer, Zigarrenfortierer und Zimmerer.

Eine Gegenüberstellung der Lohnbewegungen von 1905 und 1906 zeigt, soweit die Zahl der Bewegungen in Betracht kommt, prozentual der Erfolg im Jahre 1906 sich um ein geringes günstiger gestaltete als 1905. Für die Beteiligten jedoch stellt sich der Erfolg im Jahre 1906 etwas günstiger. Wir stellen zum Vergleich die entsprechenden Prozentziffern hier nebeneinander (für 1905 in Klammern). Von den Angriffsbewegungen hatten in Prozenten: vollen Erfolg 77,5 (79,4), teilweisen Erfolg 20,4 (17,0), keinen Erfolg resp. unbekannt 2,1 (3,6). Von den Abwehrbewegungen endeten mit vollem Erfolg 89,2 (93,2), teilweisem Erfolg 5,6 (3,9), erfolglos oder unbekannt 5,2 (2,9).

Bei der Zahl der Beteiligten ist das Verhältnis folgendermaßen: es hatten bei Angriffsbewegungen vollen Erfolg 77,4 (74,0), teilweisen Erfolg 19,0 (21,0), keinen Erfolg 3,6 (5,5). Bei Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg 95,1 (92,0), teilweisen Erfolg 2,5 (5,5), keinen Erfolg 2,4 (2,5) Prozent. Ueber die speziellen Errungenschaften hinsichtlich Lohnhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge usw. finden die Leser weiterhin nähere Angaben.

Die Streiks und Aussperrungen.

Wie schon eingangs mitgeteilt, erscheint später die spezielle Streikstatistik, die in bezug auf die Zahl der Streiks und Aussperrungen und die darauf begründeten Berechnungen ein anderes Ergebnis zeitigen wird, weil dort jeder Kampf, an dem mehrere Organisationen beteiligt waren, nur einmal gezählt wird, während wir hier ohne Einschränkung das Gesamtergebnis mitteilen, das sich aus den Einzelberichten der Verbände der Zentralverbände ergibt. Soweit die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten und die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen in Frage kommen, werden die

hier gemachten Angaben auch später eine Aenderung nicht erfahren. Es wurden insgesamt 3873 Kämpfe geführt, an denen 289 537 männliche und 26 505 weibliche Personen beteiligt waren. Die Gesamtausgaben für diese Kämpfe betrugen 18 297 862 Mk.

Angriffstreiks wurden von 47 Organisationen 2265 geführt. Daran beteiligt waren 169 533 männliche und 14 223 weibliche Personen. Die Ausgaben betrugen 6 689 328 Mk. — Es endeten 1181 Streiks mit 82 315 Beteiligten erfolgreich, 588 Streiks mit 48 285 Beteiligten teilweise erfolgreich, 330 Streiks mit 22 018 Beteiligten erfolglos und 104 Streiks mit 6120 Beteiligten unbekannt. Abwehrstreiks wurden 1048 von 42 Organisationen geführt. Beteiligt waren daran 35 515 männliche und 3415 weibliche Personen. Die Kosten beliefen sich auf 1 293 455 Mk. — Von diesen Streiks endeten 589 mit 13 616 Beteiligten erfolgreich, 128 mit 4960 Beteiligten teilweise erfolgreich, 286 mit 9086 Beteiligten erfolglos und 45 mit 4227 Beteiligten unbekannt.

Von den im Jahre 1906 an die Generalkommission angeschlossen gewesenen Organisationen waren an Streiks nicht beteiligt die Verbände der Apfelmacher, Barbier, Blumenarbeiter, Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Notensetzer, Photographengehilfen, Schirmmacher und Zivilmüller.

Nur Abwehrstreiks hatten zu verzeichnen die Organisationen der Fleischer, Formstecher, Gastwirtsgehilfen, Kürschner, Vergolder und Wäschearbeiter.

Aussperrungen fanden 560 statt, an denen folgende 40 Organisationen beteiligt waren: Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckerhilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Gemeindegeldarbeiter, Glaser, Graveure, Hafnarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Gutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Maschinisten, Maurer, Metallarbeiter, Mühlenarbeiter, Portefeuller, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Schuhmacher, Steinarbeiter, Steinseher, Stukkateure, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer, Vergolder und Zimmerer. Aussperrungen wurden 84 489 männliche und 8867 weibliche Personen. Die Aussperrungen erforderten von den Gewerkschaften eine Gesamtausgabe von 5 315 079 Mk. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter erfolgreich 168 mit 16 242 Beteiligten, teilweise erfolgreich 136 mit 47 953 Beteiligten, erfolglos 146 mit 18 496 Beteiligten und unbekannt 58 mit 3272 Beteiligten.

Die Erfolge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Bereits im vorigen Jahre wies die Statistik nach, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit den Unternehmern mehr unmittelbare Erfolge erzielt wurden als durch den Kampf mittels Arbeits-Einstellung. Dasselbe trifft auch für das Jahr 1906 zu. Bei Angriffsbewegungen und Angriffstreiks wurde erreicht

an Arbeitszeitverkürzung:

ohne Arbeits-Einstellung

für 255 534 Personen 928 804 Stunden pro Woche,

durch Streik

für 75 646 Personen 289 882 Stunden pro Woche;

an Lohnhöhung:

ohne Arbeits-Einstellung

für 491 878 Personen 852 389 Mark pro Woche,

durch Streik

für 154 253 Personen 359 506 Mark pro Woche.

Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen:

ohne Arbeits-Einstellung

in 1625 Fällen für 230 247 Beteiligte,

infolge Angriffstreiks

in 616 Fällen für 71 361 Beteiligte.

Die Zugeständnisse, welche die Unternehmer in den Fällen den Gewerkschaften gemacht haben, ohne daß diese zu dem Mittel der Arbeits-Einstellung zu greifen genötigt waren, haben sie nicht etwa aus Liebe zu den organisierten Arbeitern gemacht, sondern teils aus Furcht vor der überlegenen Macht der Gewerkschaften und teils aus kühler Berechnung heraus. Die Unternehmer fürchten jeden Streik, weil er ihnen stets, auch im Falle eines für die Arbeiter ungünstigen Ausgangs, Schaden, und oft recht beträchtlichen Schaden zufügt. Sie lernen nach und nach einsehen, daß es für sie besser ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen und durch Abschluß von Tarifverträgen vor der Gefahr einer plötzlichen Arbeits-Einstellung gesichert zu sein. Je stärker und leistungsfähiger eine Gewerkschaft ist und je geschickter sie die wirtschaftliche Konjunktur, die Lage des Arbeitsmarktes, sowie alle andern in Betracht kommenden Faktoren auszunutzen weiß, um so mehr Erfolge wird sie ohne Streik zu erreichen in der Lage sein. Wenn dennoch so mancher Streik den Arbeitern nicht die erwünschten Erfolge bringt, so trägt daran gar oft ihr ungestümes, übrigens begreiflicher und entschuld-

barer Drang die Schuld, indem sie sich durch die Unternehmung, oft entgegen den Ermahnungen ihrer Führer, zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeits-Einstellung provozieren lassen. So ist auch bei Abschluß korporativer Arbeitsverträge die weiseste Vorsicht geboten, daß diese nicht zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ablaufen, wo es den Unternehmern möglich ist, ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern recht fühlbar zu machen. Den Erfolgen der Abwehrbewegungen und Abwehrstreiks sehen wir, daß die Unternehmer nur dann den Versuch der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen machen, wenn dazu die Zeit für sie günstig ist. Es zeigt sich, daß hierbei auf dem Wege der Unterhandlungen nicht viel zu erreichen ist, daß vielmehr die geplanten Verschlechterungen hauptsächlich durch den Streik, und auch dann nicht in allen Fällen, abgewehrt werden können. Je stärker und widerstandsfähiger aber eine Gewerkschaft ist, desto mehr wird auch bei Abwehrbewegungen auf dem Wege des Parlamentarierens erzielt werden; denn das Unternehmertum geht nicht blindlings in den Kampf, seine Sekretäre und nationalökonomisch und juristisch gebildeten Berater wissen die Chancen wohl abzuwägen. Schon der Versuch einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird unterbleiben einer starken gewerkschaftlichen Organisation gegenüber, die nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzt, ihre Position nachhaltig zu verteidigen.

Bei den Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen und bei Abwehrstreiks wurde verhindert

Arbeitszeitverlängerung:

ohne Arbeits-Einstellung

für 979 Personen 4872 Stunden pro Woche,

durch Streik

für 1065 Personen 4522 Stunden pro Woche;

Lohnreduzierung:

ohne Arbeits-Einstellung

für 2842 Personen 6197 Mark pro Woche,

durch Streik

für 4838 Personen 13 471 Mark pro Woche.

Nicht zu verhindern war, daß insgesamt für 708 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3881 Stunden pro Woche und für 1122 Personen eine Lohnkürzung von 2749 Mk. pro Woche eintrat.

Uebersichten wir zum Schluß noch einmal die gesamten Errungenschaften der gewerkschaftlichen Zentralverbände des Jahres 1906. Es wurde erzielt eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 3 2/3 Stunden pro Woche für 339 469 Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie eine Lohnaufbesserung von 1,87 Mk. im Durchschnitt pro Woche für 691 703 Personen. Dazu kommen noch die verschiedenen Verbesserungen der Fabrik-, Bau- oder Werkstattordnungen, die Beseitigung der Notforarbeit, die Lohnzuschläge bei Nacht-, Sonntags- und Ueberstundenarbeit usw., sowie das, was durch Tarifabschlüsse früherer Jahre 1906 in Kraft getreten ist.

Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit sehr großen Opfern erlangt werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamtergebnis wohl zufrieden sein.

Welche andre Art gewerkschaftlicher Organisationen hat auch nur ähnliche Erfolge aufzuweisen? Keine Statistik gibt Auskunft über Errungenschaften der christlichen Gewerkschaften oder der Christ-Demokratischen oder der Sozialisten. Und wären solche Nachweise vorhanden, sie würden gar zu ärmlich ausfallen, um mit den unsrigen in Vergleich gestellt zu werden.

Was aber ist es, das den Zentralverbänden diese Erfolge verschafft und sichert? Das ist neben der großen Opferwilligkeit und Disziplin der in den Zentralverbänden organisierten der Geist des Klassenkampfes, der diese Organisationen durchweht. Der Geist, der nach dem Urteil der Sozialisten unsern Organisationen ermangelt, der andererseits uns jedoch von den Christlichen und Christ-Demokratischen zum Vorwurf gemacht wird. Die große Opferwilligkeit, die feste Kampfbereitschaft und ausdauernde Disziplin, die zur Erringung solcher materiellen Vorteile erforderlich sind, sind nur da vorhanden, wo die große Masse der Mitglieder von idealem Klassenbewußtsein erfüllt ist. Das Klassenbewußtsein ist es, das die Mitglieder der Zentralverbände nicht um Almosen betteln läßt, sondern ihnen den Rücken freistellt und sie fähig macht, um ihre Rechte zu kämpfen und das Erreichte zu verteidigen. Nicht um kleiner Augenblicke Erfolge willen, die uns leicht wieder entzogen werden können, sondern um Erfolge von dauerndem Werte zu erringen, setzen wir unsere ganze Kraft ein. Deshalb muß auch der Kampf um dauernde Erfolge, als welche wir in erster Linie die Schritt um Schritt fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit betrachten, ein einheitlicher und zielbewußter sein. Einen solchen Kampf führen die zentralisierten Gewerkschaften, ihre

Lattit hat sich bewährt, auf dem eingeschlagenen Wege werden sie weiter marschieren und weiter kämpfen.

L. Brunner.

Eine Unternehmeruntersuchung über Chemische Gewerbe-Krankheiten.

Der Stein ist ins Rollen gekommen, auch der, den die chemischen Arbeiter so lange für zu schwer hielten, als daß sie ihn in Bewegung setzen könnten. Unsere Kritik der fürchterlichen Gesundheitszustände in chemischen Fabriken hat bei den Reichsbehörden doch in etwas das Gewissen geweckt. Man will dort endlich an gewisse Schutzmaßnahmen für chemische Arbeiter herangehen. Aber sofort setzen sich die Unternehmer aufs entschiedenste zur Wehr. Und dadurch erfahren wir nun einigermaßen, was hinter den Kulissen vorgeht. Aus dem Protokoll nämlich, welches das chemische Unternehmerorgan in seiner letzten Nummer über eine Konferenz der Vertrauensärzte der chemischen Fabriken veröffentlicht, die am 28. September d. J. in Berlin auf Einladung unserer Unternehmerberufsgenossenschaft stattfand und der auch die Führer des chemischen Unternehmerverbandes beiwohnten.

Um den Angriffen erfolgreich entgegenzutreten zu können, welche gegen die chemische Industrie wegen ihrer angeblich außerordentlich großen Gesundheitsgefährlichkeit vielfach erhoben werden, so meinte dort der Hauptsprecher des Unternehmerverbandes, Direktor Wenzel-Berlin, soll eine Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik der in chemischen Betrieben beschäftigten Personen aufgestellt werden. Nicht nur in der sozialdemokratischen Presse, sondern auch seitens einzelner Hygieniker (hier bekommt Professor Levin seinen Klaps!) habe man die Gefahren, die dem Leben und der Gesundheit des in chemischen Fabriken beschäftigten Personals drohen, in so übertriebener Weise dargestellt, daß die Aufsichtsbehörden dadurch notwendigerweise zu immer weitergehenden Schutzvorschriften und Vertriebsbeschränkungen gedrängt werden. Deshalb solle „volle Klarheit geschaffen“, aber auch „wirklich vorhandene sanitäre Mißstände beseitigt“ werden. Man wolle nach gemeinsamem Schema eine regelmäßige Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik für alle Betriebe einführen und alljährlich Zusammenfassungen der Betriebsergebnisse zur Verfügung stellen. Gesten wir zunächst einmal fest, was in dieser Angelegenheit des Direktors Wenzel alles steht!

Zuerst das von uns unterstrichene wichtige Eingeständnis, daß die Aufsichtsbehörden für die chemische Industrie „notwendigerweise“ zu immer weitergehenden Schutzvorschriften gedrängt werden, wenn die Angaben der „sozialdemokratischen Presse“ und einzelner Hygieniker richtig sind, die nicht im Sinne des Unternehmertums stehen. Ueber die Denunziation an die Regierung, die sich die Unternehmer mit dem Hinweis auf die „sozialdemokratische“ Presse erlauben, regen wir uns nicht mehr auf. Das Mittel ist zu abgenutzt und verurteilt. Lediglich die schändliche Verlogenheit der Herren. Sie mögen die Arbeiter- und Gewerkschaften heissen und nennen, wie sie wollen, wir werden unsere großen Weg weitergehen. Daß wir in der Gesellschaft „einzelner Hygieniker“ genannt werden und diese in unserer Gesellschaft, das ist, so denken wir, eine Ehre für beide Teile. Es beweist, daß die natürliche Gemeinsamkeit zwischen Arbeit und Wissenschaft sich durch alle Hindernisse von der Arbeiterseite hindurch erhält und daß beide Teile auf dem rechten Wege sind. Denn es kommt doch offenbar einer Sache nur zuhatten, wenn sie von zwei Seiten her behandelt und schließlich von beiden Seiten übereinstimmend in ihrer wahren Gestalt erkannt und gelöst wird. Freilich behaupten die Herren Unternehmer, daß solche Wissenschaft und Arbeiter ein schändliches Bandnis bestünde zu dem Zweck, alles zu überwinden und zu vernichten. Aber schon, wenn man sich diese Behauptung nur nicht erschreit sie jemandem in gebührender Weise. Die meisten der chemischen Arbeiter sind noch so wenig unentwickelt und energielos, daß sie sich gar nicht oder nur in höchst geringem Maße gegen Gesundheitsgefahren wehren. Auch unser Verband erhebt deshalb noch viel zu wenig aus dem Gesundheitsstand der chemischen Industrie. Was er vermag, ist nicht aus amtlichen oder gut unternehmerischen Quellen zu entnehmen. Und die Wissenschaft steht in der Pflicht vor Staat und Kapital, daß sie sich hütet, zu „denunzieren“. Sie würde sich vielmehr längst weit eingehender mit den ungelösten chemischen Gesundheitsfragen beschäftigen haben. Was sie dabei aus Ansehnlichkeit brachte und verschlepte, das war keine Sache des großen Glanzes. Was sollen aber die kommenden Herrschaften unternehmen? „Lieber“ Hygieniker. Wie soll das angefangen werden?

Man kennt die Reaktionen und Bemerkungen des — Arbeiterverbandes vollkommen! Die Herren, die in den Reihen der Reichs-, Kreis-, Provinz-, Ober- und Landesregierungen sitzen, haben das Sachverständigenkollegium, welches die rein wissenschaftliche Aufsicht führt, und ganz unter Leitung der Unternehmer. Der höchste Behörde, Dr. Schwerin, hat dabei nach Direktor Wenzel eine Rede, in der er gegen die „einzelnen“ Hygieniker „wundert, welche „ihre weiteren jenseitigen“ Folgen jeder Todesfall, der bei Arbeitern in chemischen Betrieben eintritt, nicht dann, wenn der Arbeiter lange nicht mehr in der Fabrik beschäftigt war, als Veranlassung erhebt.“ Dr. Schwerin wagt auch heute schon, wie die oft gestellten Untersuchungen ausfallen werden. Er sagt voraus: „Nicht die alten großen Betriebe werden aus dem Markt verschwinden, denn sie sind wohl (1) überall technisch so vornehmlich, daß nur (2) eine Betriebsführung in Verbindung stehen, und die einzigen Gefahren bei der Betriebsführung sind so bekannt (3), daß man (4) dieselben gerade (5) gegenübersteht — sondern die Laborkontrollenverhältnisse und Untersuchungen neuer Betriebe.“ Was schadet es, wenn diese Untersuchungen des höchsten Behörde alles auf dem Kopf stellen? In der alten großen chemischen Fabriken sind bekanntlich gerade sehr viel ungelöstere veraltete Anlagen und Betriebsverhältnisse. Selbst die neuesten Fabrikinvestitionen haben das jetzt sehr häufig. Aber Herr Dr. Schwerin-Höchst behauptet förmlich, daß überhaupt Kontrollen die Gefahr abnimmt nicht sein und sondern ihr Urteil haben

einmal zurückstellen, bis die tatsächlichen Ergebnisse ihrer neuen Untersuchungen vorliegen? Dann war es ja immer noch Zeit, Lobreden auf die „gesunden“ Verhältnisse in chemischen Fabriken zu halten. Warum eilte es mit diesen Lobreden so sehr? Alles deutet eben darauf hin, daß gründliche Untersuchungen von dieser Seite garnicht zu erwarten sind. Die Opfer der chemischen Fabriken, die Arbeiter, bleiben von vornherein ausgeschaltet. Sie haben bei der ganzen Enquete nichts mitzusagen und von ihnen als Beteiligten war bei der Verhandlung überhaupt keine Rede. Es wurde vielmehr schließlich eine Kommission zur nochmaligen Vorberatung der Angelegenheit eingesetzt, in die Dr. Brat-Berlin als Vorsitzender und Dr. Floret-Eberfeld, Dr. Schwerin-Höchst und Dr. Wolff-Griesheim als Mitglieder kamen. Der unvermeidliche Direktor Wenzel wird der Kommission „beratend zur Seite stehen“. Man wird über Fragebogen und Ausdehnung der Enquete weiter diskutieren, während jede Woche Hunderte von chemischen Arbeitern in Deutschland weiter ihre Gesundheit im Kapitalstahle untergraben.

Und doch fehlte es auch in diesem sorgfältig gestellten Kreise nicht an Äußerungen, die uns zeigen, daß unsere Sache marschiert. Schon Direktor Wenzel hatte gesagt, die geplante Statistik soll nicht bloß der Widerlegung von „Ueberreibungen“, sondern „auch dazu dienen“, wirklich vorhandene sanitäre Mißstände zu beseitigen. Die aus dem Zahlenbilde sich ergebende häufigere Wiederholung bestimmter Krankheitsformen wird die Aufmerksamkeit der Fabrikleitung auf solche Schäden lenken und die Ausräumung geben, Mittel und Wege zu suchen, den gesunden, zeitlich bedingten Einflüssen entgegenzuwirken.“ Aus diesen Worten hatten wir als wichtig jedenfalls das Eingeständnis fest, daß die Fabrikleitungen heute noch nicht Vorkehrungen dafür getroffen haben, die ihre Aufmerksamkeit auf die häufigere Wiederholung bestimmter Krankheitsformen lenken. Noch mehr aber teilte Dr. Wolff-Griesheim mit. Nach ihm stellen die chemischen Arbeiter im allgemeinen einen größeren Prozentsatz an Krankheitsfällen, als das sonstige, z. B. als Hüttenarbeiter beschäftigte Personal. Dr. Brat-Berlin fügte hinzu, auf dem Lande kämen bei den chemischen Arbeitern mehr rheumatische Erkrankungen, in den Vororten infolge der schlechten Beschäftigung mehr Magenkrankheiten, und inmitten der Stadt infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse mehr Lungenerkrankungen vor. Auch weist er auf den Einfluß des (so wohl heißen: häufigen) Arbeitswechsels hin. Das sind ja alles Dinge, die uns so bekannt vorkommen! Lauten unsere Beschwerden nicht auch so ähnlich? Will unsere Organisation nicht dieselben elenden Kost-, Wohn- und Gesundheitsverhältnisse unserer Mitglieder bekämpfen und an Stelle des ewigen Arbeitswechsels in den chemischen Fabriken solidere Betriebsverhältnisse setzen, bei denen es den Arbeitern wohl ist und bei denen sie es deshalb aushalten? Man sieht: selbst bei der Unternehmeruntersuchung und schon bei ihrem Beginn, so vorsichtig sie durch unsere Herren Kapitalisten eingeleitet wird, hat sich ein kleines Stückchen Wahrheit durchgeholt. Die raffinierteste Unterdrückung kann eben doch der Wahrheit auf die Dauer nicht Herr werden. Und so wird es noch mehrfach im Laufe der Unternehmeruntersuchung gehen, auf die wir gut acht geben wollen.

Wenn unsere Kollegen also auf dem Posten sind, uns tapfer unterstützen und ihre Pflicht tun, dann muß es gelingen, durch Aufmerksamkeit und rechtzeitiges Eingreifen auch hier die Anschläge unserer wirtschaftlichen Gegner zunichte zu machen und dafür zu sorgen, daß die Unternehmeruntersuchung über die Gesundheitsverhältnisse der chemischen Arbeiter nicht Ergebnisse gegen die Arbeiterfrage sondern für den Arbeiterschutz und für unsere Bewegung liefert.

Eine neue Betriebsvereinbarung.

In der letzten Generalversammlung des Vereins Chemischer Fabriken zu Mannheim, in der 24 Mitglieder 245 Stimmen vertreten, wurde der vom Ausschussrat und Vorstand beschlossene Entwurf von sämtlichen Geschäftswerten der Firma „Düngerfabrik W. u. Co., G. m. b. H.“ in Ludwigshafen a. Rh., einstimmig genehmigt. Dagegen wurde der Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 1.200.000 RM von 4.000.000 RM auf 5.200.000 RM durch Ausgabe von 1200 Stück neuen Aktien zum Nennbetrage von je 1000 RM abgelehnt. Bei der Verhandlung des Antrags führte der Vorsitzende des Ausschussrats, Kommerzienrat Glemm, aus, daß die Firma W. u. Co. in den vier Jahren — gegründet wurde und daß sie sich im Laufe der Jahre zu einem der bedeutendsten Stahlbetriebe der Provinz entwickelt habe. Das Geschäftsergebnis der Firma in den letzten 5 Jahren sei beträchtlich gestiegen. Mit anderen Worten: da in der Firma ein stetiger Konkurrenz in die Höhe gewachsen war, vereinigte man sich lieber, sich selbst gegenständig das Leben und den Profit selber zu machen. Auch sonstige Neuerrichtungen der Fabrik, die auf Grund der neuzeitlichen wissenschaftlichen Erfahrungen vorgenommen werden müssen, lassen die Kapitalerhöhung als geboten erscheinen. So können sich die Unternehmer überall durch angereicherter Zusammenkünfte und Verschönerungen ihrer Wägen auf den immer befürchteteren wirtschaftlichen Kampf. Das wird auch überall bescheitern?

Chemische Profitspeise.

Die Reichsregime des chemischen Fabrikantenvereins von Berlin-Treptow, Eberfeld und Ludwigshafen hat die Berliner Finanzwochenzeitung „Finanz“ zu folgender Propaganda begeistert:

In Treptow, Mannheim und Eberfeld steht die Chemie im Blute, Da predigt man in Berlin Von ganz besonderer Güte.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld bewillt man an Dindobaden Bewillt, daß der Aktionär es kann Fortschreiten kann mit den Händen.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld Reitet man wilde Gassen, Und heult fünf junge Aktien an die, Die haben alle schon haben.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld Da kann man sich so was leisten, Weil von den Aktien die Kunde Fast gratis liebt die meisten.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld Gewinnt man aus Luft Gelder, Das eine Ehre verdienen können Willen Ohnes im Mutter.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld Da ist das Wort der Weisen.

Daß man von der Luft nicht leben kann, Geworfen zum alten Eisen.

In Treptow, Mannheim und Eberfeld, Da schöpft man das Gold in Schefeln Direkt aus der Luft, und versteht sogar Ganz trefflich, mit Luft zu pöbeln.

× **Festhalten.** Während sich durch den schlechtesten Geschäftsgang in andern Branchen die Arbeitslosen vor den Türen unserer Fabrikwerke mehren, wie man jeden Montag früh beobachten kann, steigert sich auch der Druck, der im Betriebe auf die Arbeiter gelbt wird. Eine besonders rücksichtslose Behandlung der als organisiert bekannten Arbeiter durch Vorarbeiter wird aus dem Betriebe des Herrn Dr. Gottschall, und zwar aus dem Raum 124 gemeldet. Es soll hier aus naheliegenden Gründen kein Name genannt werden, aber von den Herren, die es angeht, wissen die Arbeiter schon lange, daß ihnen jedes proletarische Empfinden und jede Erinnerung an die Zeit, wo sie selbst als simple Arbeiter fungierten, entmündet ist. Bei Wahlen können uns die Herren aus den Fabrikwerken nicht genug ihr Arbeiterwohlwollen und ihre Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter versichern, aber die uns bekannten Tatsachen des Fabrikwerkes zeigen den Unterschied zwischen Theorie und Praxis der kapitalistischen Arbeiterfreundlichkeit. Bei Gelegenheit der Feier des 25jährigen Arbeitsjubiläums einiger Arbeiter in den letzten Tagen wurde in einer von einem Fabrikwerk in einem hiesigen Lokalblatt gebrachten Notiz das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Betriebsleitern und die unbegrenzte Arbeiterfreundlichkeit der letzteren in den höchsten Tönen besungen und der Tatsache Erwähnung getan, daß jetzt schon 62 der im Betriebe beschäftigten Arbeiter eine solche Feier begehen konnten. Da sollte man einmal bekannt geben, in welchen Abteilungen die Glücklichsten geschäft gemacht haben. Wir haben die Ueberzeugung, daß in den giftigschwängerten Räumen eine fünfundsanzwanzigjährige ununterbrochene Arbeit unentbehrlich ist. Nur bei geringen weniger schädlichen Arbeiten kann dies der Fall sein.

× **Leidenshaft.** Für die Arbeiter auf Neustadt war eine Feierlichkeit angeordnet. Es war dies die zweite Feierlichkeit im Oktober. So muß es kommen. Den früheren Ausschussvorsitzenden des Kalifonds schenkt man im Handumdrehen 100.000 RM als Extragrattifikation, und die Kalkarbeiter dürfen sich die Feierlichkeiten als Extragrattifikation anrechnen. Ob die Kalkarbeiter noch weitere Beweise von der „Gerechtigkeit“ unserer „göttlichen Weltordnung“ brauchen?

× **Umweltschaden.** Ueber die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird der „Pfalz. Presse“ von einem Arbeiter geschrieben: Es ist bekanntlich in der Badischen Anilin- und Sodafabrik den Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich, bevor sie ihre Arbeit verlassen, durch ein Bad von den ihrem Körper anhaftenden Giftsubstanzen wenigstens in notwendiger Weise zu reinigen. Es spricht ja nun für die Bescheidenheit des Unternehmertums, daß diese Einrichtung, die nur eine Pflichterfüllung bedeutet, als Wohlfahrts-Einrichtung hingestellt wird. Im Bau 350 sind circa 250 Schloßer beschäftigt, die sehr verschiedene Beschäftigungen zu erledigen haben, d. h. während der eine den Giftstoffen wenig ausgesetzt ist, ist es der andere in ganz hervorragendem Maße. Diesen circa 250 Schloßern sind nur 53 Waschstellen gegeben, also auf je 5 Mann eine Waschstelle. Wenn man dann heute ist, wie um 12 bzw. 6 Uhr die 53 Waschstellen gestürzt werden, und wie ein gewisser Meister einen zehnjährigen Arbeiter herausführt und ihn zur Bestrafung meldet, dann geht gegen solche Maßnahmen öffentlich protestiert. Dann kommt noch hinzu, daß ungefähr 60 Mann nicht einmal einen Schrank besitzen und ihre Kleider offen an die Wand hängen müssen, so daß es öfter vorkommt, daß der Rest usw. auf ganz andern Plätzen zu finden ist, oder auch fortkommt, wofür die Fabrik keine Garantie leistet. Und dabei handelt es sich um ein Unternehmen mit 36 Millionen Kapital!

× **Pfungstadt.** Die Arbeitszeit in den hiesigen Säbholzfabriken, wo, wie bekannt, fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, beträgt zurzeit noch 11 Stunden täglich. Als wenn 11 Stunden noch nicht lange genug geschuftet wäre, wurde den Arbeitern der Firma J. Gaudenberger sogar zugemutet, 14 Stunden täglich, und zwar ohne Lohnzuschlag, zu fronden. Entsetzlicher Weise wurde diese Zumutung von den dort Beschäftigten energigig zurückgewiesen. Bei dieser Firma sind auch sonst nach Mißständen genug vorhanden, um die sich die Fabrikinspektion einmal kümmern dürfte. Es fehlt das Speisezimmer, die vorgeschriebene Waschanlage und andres mehr. Auch sind die Arbeiter dort nicht gerade der nobelsten Behandlung ausgesetzt. Die Betriebsinhaber sowohl als auch ein „Mitarbeiter“ K. leisten sich manches, worüber man seine Verwunderung nicht unterdrücken kann. Ausdrücke, die man vergebens in Knigges „Umgang mit Menschen“ suchen dürfte, sind an der Tagesordnung, und Ögreigen sind dort billiger wie Säbholzer. Besonders, wenn der liebe „Mitarbeiter“ den „Vorarbeiter“ markiert. Ein in der Säbholzbranche am Orte vorhandener Mißständen wird einmal energigig auf den Leib gerückt werden müssen; die Organisation der Arbeiter macht gute Fortschritte, ein Zeichen dafür, daß auch die größte Geduld einmal ein Ende haben wird.

Aus der Zuckerindustrie.

Die deutsche Zuckerindustrie ist verhältnismäßig jung. Vor 100 Jahren (1801) wurde auf dem Gute Guncern in Schlesien die erste Rübenzuckerfabrik errichtet. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Bestrebungen, Zucker aus Rüben zu gewinnen, in der Presse arg verspottet. Es hieß, man könne eher Kaffee aus Saubohnen machen, wie Zucker aus Munkelrüben. — Im Jahre 1906 waren in Deutschland 376 Zuckerfabriken mit rund 100.000 Beschäftigten in Betrieb, die zusammen 24 Millionen Doppelzentner Zucker herstellen. Die Folge dieser rapiden Entwicklung ist die fast völlige Verdrängung des Rohrzuckers aus Deutschland, während die Saubohnen dem Kaffee noch immer herzlich wenig Konkurrenz machen. Prophyzeien ist eben ein schlechtes Geschäft!

Der Rohrzucker, Konkurrent des Rübenzuckers, war bis zum Ende des 15. Jahrhunderts ein fast unerschwinglicher Luxusartikel. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts kostete das Pfund ca. 12 Mark, und erst als auch in Madeira Zuckerrohr angebaut wurde, fiel der Preis auf ca. 1,60 Mark pro Pfund. In den Osthäusern fand man zu jener Zeit ein Stück Zucker an einem Bindfaden über dem Tische hängend, woran die Gäste abwechselnd lutschten. Heute ist an die Stelle des Zuckers die Sämnipeltabakdose getreten; ob das ein vorteilhafter Tausch ist, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Auch der Rübenzucker erfreute sich im Anfange des vorigen Jahrhunderts eines sehr hohen Preises. Die Kontinentalblockade Napoleons verhinderte die Einfuhr von Rohrzucker fast vollständig und hatte zur Folge, daß der Preis des Rübenzuckers auf vier, ja sechs RM. pro Pfund stieg. Das dauerte aber nur kurze Zeit; mit dem Fall der Sperre fiel auch der Preis des Zuckers und zwar so tief, daß die deutsche Rübenzuckerindustrie unter diesem Preissturz begraben wurde. Erst drei Jahrzehnte später finden wir wieder einige beschriebene Anfänge. 1850 steigt die Produktion schon auf 53.000 Tonnen, 1880 auf 573.000 und 1900 auf 1.970.000 Tonnen. Damit hat Deutschland alle andern, Rübenzucker produzierenden Länder weit hinter sich gelassen.

Diese enorme Steigerung der Produktion war selbstverständlich nur möglich unter gleichzeitiger Steigerung des Verbrauchs; Voraussetzung steigenden Verbrauchs war aber fallender Preis. Durch sorgfältige Züchtung wurde aus der gering zuckerhaltigen Runkelrübe die heutige Zuckerrübe gewonnen und durch Verbesserung der Technik vollständigerer Ausbeute des Zuckergehaltes erreicht. Während im Jahre 1841 aus 1 Zentner Rüben nur 5,88 Pfund Zucker gewonnen wurden, sind es heute rund 15 Pfund, in manchen Gegenden noch erheblich mehr. Diese steigende Ausbeute des Materials in Verbindung mit der nicht minder intensiven Ausbeute der beschäftigten Arbeiterkräfte hatte Verbilligung des Rüben- und Verdrängung des Rohrzuckers zur Folge. Den Vorteil dieser Verbilligung des deutschen Zuckers hatte aber nur das Ausland. Für den inländischen Konsum belastete Vater Staat den Zucker mit einer Verbrauchsabgabe, die zurzeit 14 Mk. pro Doppelzentner oder 7 Pf. pro Pfund beträgt. Der Erfolg dieser famosen Steuerpolitik war, daß zwei Drittel des in Deutschland hergestellten Zuckers ins Ausland geschickt wurden. Während das Pfund deutschen Zuckers in England ca. 12 Pf. kostete, war der Preis in Deutschland mehr wie doppelt so hoch. Aber nicht nur im Preis, sondern auch im Verbrauch spiegelt sich diese volksfeindliche Steuerpolitik Deutschlands wieder. Die Länder, die ihren Zucker zum Teil von uns beziehen, haben einen viel größeren Verbrauch pro Kopf wie Deutschland. Nachstehende Tabelle zeigt das:

Es verkauft Zucker pro Kopf im Jahre 1905:

England	46,4 Kilo
Dänemark	29,3 "
Schweiz	20,7 "
Deutschland	19,5 "

Die Anstrengung der deutschen Industrie und Landwirtschaft, sowie die Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft hat also den Erfolg gehabt, dem Auslande billigen Zucker zu liefern, den deutschen Reichsteuern zu füllen und dem einheimischen Zuckerverbraucher das Fell über die Ohren zu ziehen. Aber nicht nur die Konsumenten, sondern auch Fabrikanten des Zuckers leiden unter dieser gloriosen Steuerpolitik. In den bisherigen Absatzländern, namentlich Amerika, entwickelt sich eine eigene Rübenzuckerindustrie. Dadurch sinkt der deutsche Export, ohne daß der inländische Konsum in entsprechendem Maße wächst. Die Folge ist: Einschränkung der Produktion. Wäre der Preis nicht durch die Verbrauchsabgabe künstlich hochgeschraubt, würde der Verbrauch wesentlich schneller steigen, und die Unternehmer hätten den Vorteil flotten Absatzes ihrer Produkte. Deshalb findet auch die Forderung auf Herabsetzung oder Beseitigung der Verbrauchsabgabe auf Zucker die Zustimmung der Zuckerindustriellen.

Die Arbeiter in den Zuckerrübenfabriken arbeiten fast durchweg unter besonders mißlichen Arbeitsbedingungen. Die zerstreute Lage der Zuckerrübenfabriken in oft rein ländlichen Gegenden hat sie lange von der gewerkschaftlichen Organisation ferngehalten; auch heute läßt das Organisationsverhältnis noch sehr viel zu wünschen übrig. Dazu kommt, daß die Arbeit Saisonarbeit und nur für einzelne Posten eine längere Ausbildung nötig ist. Ziegeleiarbeiter, Bauarbeiter, Sachseingänger, Landarbeiter und sonstige Arbeiterschichten suchen und finden im Winter Arbeit in den Zuckerrübenfabriken. Das Arbeiterkontingent ist bunt zusammengesetzt, wechselt jährlich und betrachtet diese Arbeit nur als vorübergehende. Das erschwert natürlich die Organisation, schwächt die Widerstandsfähigkeit und ermöglicht den Unternehmern, Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten, deren Beseitigung im Interesse der gesamten Arbeiterschaft dringend erwünscht ist. Darüber in einem folgenden Artikel.

Zuckerbarone auf dem Kriegspfade.

Bei Beginn der Rübenkampagne verbreiteten Breslauer Mitglieder unseres Verbandes ein Flugblatt in 3000 Exemplaren unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der um Breslau gelegenen Zuckerrübenfabriken in Kleitendorf, Robertowitz, Kreitz, Schottwitz, Rosenthal, Groß-Mochern, Tschangelschütz und Puschelowa. Unsere Erwartungen wurden nicht getäuscht, der Mitgliederstand unter den Zuckerbaronen hob sich und fast aus jeder der genannten Fabriken wandten sich Arbeiter an das Verbandsbureau. Die so erhaltenen Verbindungen werden weiter ausgebildet werden. Aber auch bei den Zuckerbaronen der Umgebung Breslaus blieb die Wirkung dieses Werkaus nicht aus. Daß man sich nun auch an „ihre“ Arbeiter heranzumachen und in deren Reihen den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation trag, ging den Herren über die Putzspur. Einige Arbeiter, die für Blätter in den Fabriken weitergegeben hatten, wurden entlassen, andre mußten längere Ermahnungen anhören. Am weitesten ging aber doch die Direktion der Zuckerrübenfabrik in Tschangelschütz. Sie beantwortete unser Flugblatt durch eine längere Replik, die sie unter der Arbeiterschaft ihres Betriebes kursieren ließ. Die blasse Furcht vor der modernen Arbeiterbewegung zeigte eine umgeschickte Anglistik, das uns ein herzliches Lachen abgenötigt hat. Dieses unbeholfene Dokument ist wert, den weitesten Kreisen bekannt zu werden und der Nachwelt erhalten zu bleiben. Daher bringen wir es hier wörtlich zum Abdruck:

An unsere Arbeiter!

Es sind vor kurzem auch hier sozialdemokratische Flugblätter, an die Arbeiter in den Zuckerrübenfabriken in der Umgebung Breslaus gerichtet, verteilt worden.

Diese Flugblätter sind voller Unmenschlichkeiten. Es wird darin unter andern behauptet, daß die Zuckerrübenfabrik nur deshalb viele Hunderte ausländischer Arbeiter heranzieht, um dieselben den deutschen Arbeitern gegenüber als Lohnbrüder zu benutzen. Das ist erlogen, denn wir würden gern mehr deutsche Leute beschäftigen, wenn dieselben nur kämen. Sie kommen aber nicht, sondern sie wollen lieber in der Stadt humpeln, aber für kein Geld auf dem Lande arbeiten!

Wir müssen also ausländische Arbeiter mit beschäftigen, haben dieselben aber nie zum Herabdrücken der Löhne benutzt, sondern haben in den letzten Jahren, wie jeder selbst gegeben muß, mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse regelmäßig und freiwillig Löhne zugelegt. Wir würden auch gern noch viel mehr zulegen, wenn uns der Betrieb durch die enormen Preissteigerungen für alle Materialien, wie Kohlen, Holz, Füllstoffe u. a., nicht so sehr verteuert würde, und wenn die Preise für Zucker nicht so niedrig wären. Haben wir doch in den beiden letzten Jahren nur 8,67 und 8,55 Mk. für den Zentner Erzeugnis erzielt!

Bei diesen Preisen ist es ganz unmöglich, große Geschäfte zu machen, und deshalb ist es wiederum eine große Lüge, wenn in dem Flugblatt auch von der Tschangelschütz Zuckerfabrik behauptet wird, dieselbe brähe ihren Besitzern „Riesengewinne“ ein. Unsere Fabrik hat ihren früheren Besitzern im Gegenteil die schweren Verluste eingebracht, so daß fast die Bede zugemacht werden sollte und nur durch große Opfer und jahrelange kostspielige Umbauten, sowie durch Gründung einer Genossenschaft ist es möglich geworden, die Fabrik überhaupt zu halten und bei den höchsten Zuckerpreisen noch zu arbeiten, daß die jetzigen Besitzer, nämlich die Landwirte

der ganzen Umgebung, neben einer bescheidenen Kapitalverzinsung von 4 Prozent einen Nebenpreis von nicht mehr als 1 Mark für den Zentner Rüben im Durchschnitt der letzten Jahre erhalten konnten. Sonstige „Gewinne“ hat es niemals gegeben und den genannten Nebenpreis wird gewiß niemand zu hoch finden, ausgenommen die Herren Sozialdemokraten, welche den Landwirten ja nicht das tägliche Brot gönnen.

Auch die Behauptungen des Flugblattes über andre Zuckerrübenfabriken sind unfreßbares Unrecht. So zum Beispiel hat die Zuckerrübenfabrik Klein-Mochern ihre angeleglichen Gewinne gar nicht mit der Zuckerrübenfabrik, sondern mit ihrer Rübensamenzucht verdient. Bei den schon erwähnten niedrigen Zuckerpreisen der letzten Jahre konnten die Fabriken eben nichts verdienen, und viele haben in den letzten Jahren infolge großer Verluste sogar den Betrieb einstellen müssen. Zu dem Flugblatt wird auf der dritten Seite ja auch angegeben, daß die deutsche Zuckerindustrie in den letzten Jahren zurückgegangen ist; die Schreiber des Flugblattes stützen sich also selber gegen.

Worauf will aber das ganze Nachwort hinaus? Unsere Arbeiter, sowie die auf den andern Zuckerrübenfabriken und auf dem Lande überhaupt, die sollen verhehrt werden! Seit Jahren gehen ja die sozialdemokratischen Volksfreunde praktisch nur darauf aus, die deutsche Arbeiterschaft zu verhehen und unzufrieden zu machen, und in den Städten ist ihnen das ja leider gelungen. Denn in der Stadt, da muß jeder in den Verband, und wer nicht will, der wird geächtet und aus der Arbeit gedrängt. (Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wer hinein will, wird „geächtet“ und aus der Arbeit gedrängt, und zwar von den Unternehmern.) — Das nennen die Herren dann Freiheit und Brüderlichkeit!

Trotz all solcher Mittel hat die rote Partei aber in den letzten Jahren verhältnismäßig geringe Fortschritte gemacht, wie auch ihr Reinfall bei den letzten Wahlen beweist. Deshalb wird nun mit der Hegearbeit auf dem Lande begonnen und zwar sollen zuerst die Arbeiter in der größten landwirtschaftlichen Industrie, nämlich die Zuckerrübenfabriken, eingezogen werden.

Das Verhehen und Einfangen für den Verband ist aber nur das Erste. Die Hauptfrage kommt hinterher. Es sollen auch die Großen aus der Tasche gelockt werden, von denen dann die Herren Verbandsleiter und die Hegepostel ein feines Gehalt bekommen. Die Leute bekümmern auch wegen zu geringen Verdienstes; aber es kommt ihnen garnicht darauf an, von dem letztern auch jede Woche noch einen Verbandsbeitrag abzuhändigen; es kommt diesen edlen Menschen auch gar nicht darauf an, alljährlich Tausende der deutschen Arbeiter in die schrecklichsten Streiks hinein zu treiben, welche diesen Arbeitern schon Millionen an schonem Arbeitsverdienst gelöst und ihre Familien ins Unglück gebracht haben, weil die Streikunterstützungen nicht ausreichten. Und diese letztern waren doch vorher auch schon den Arbeitern aus der Tasche gezogen worden: Wo wenn in dem Flugblatt auch alles Mögliche versprochen wird, fällt nicht darauf herein oder fragt nur mal an, was derjenige denn bekommt und wie lange, welcher wegen Verbandsangehörigkeit entlassen wird — denn daß auch wir keinen Arbeiter behalten werden, der einem sozialdemokratischen Verbandsbeitrag, das ist wohl selbstverständlich. Dahingegen werden wir, wenn die Lage unserer Industrie es irgend möglich macht, die Löhne bei uns auch in den folgenden Jahren noch zu erhöhen suchen; wir werden auch ferner denen, die bei Wauten usw. nur im Sommer ihre bestimmte Arbeit haben, den ganzen Winter hindurch Verdienst geben, und wir werden weiter wie bisher jeden, der ordentlich und nützlich ist, immer anständig und freundlich behandeln. Also, Arbeiter unserer Fabrik, hört auf guten Rat! Selbst dazu, daß wenigstens auf dem Lande der Frieden im Arbeitsverhältnis noch erhalten bleibt, fällt nicht auf die sozialdemokratischen Schwindel- und Hegeblätter herein, und wenn wieder welche verteilt werden, so benutzt sie, wozu sie am meisten taugen, nämlich nur zum Feiern und Feiern!

Tschangelschütz Zuckerfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Gut gebrüllt, Löwe! Zunächst wollen wir bemerken, daß die Hinweise auf die Sozialdemokratie nicht am Platze sind, denn jenes Flugblatt ist ausschließlich der gewerkschaftlichen Propaganda gewidmet. Nicht einmal das vermögen diese Leute auseinanderzuhalten.

Es soll unmaß sein, daß viele Hunderte Arbeiter aus dem Auslande herangeholt werden, um den deutschen Arbeitern gegenüber als Lohnbrüder zu dienen. In der Tschangelschütz Zuckerfabrik würde man gern mehr deutsche Arbeiter beschäftigen, wenn dieselben nur kämen. Aber warum kommen sie denn nicht in dieses Oberrado? Nun, weil es allgemein bekannt ist, daß diese Fabrik noch schlechtere Löhne bezahlt, wie andre Zuckerrübenfabriken in der Umgebung Breslaus: „14 bis 21 Böhm (Groschen) pro Tag“ als Verdienst für erwachsene männliche Arbeiter, und das während der Zeit der Hochkonjunktur, der Kampagne, zählt Tschangelschütz. Das ist freilich „kein Geld“, wie die Firma ganz richtig sagt, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Sobald man anständige Löhne zahlt, wird man auch auf dem Lande genügend einheimische Arbeitskräfte haben und braucht nicht zu bedürftigen Ausländern zu greifen, die leider mit dem in Tschangelschütz verabsorgten warmen Essen und den dortigen Logisverhältnissen zufrieden sind.

Die Firma klagt über Preissteigerungen für alle Materialien und über den geringen Preis für ihre Produkte. Ihr Reingewinn soll nur minimal sein. Warum hat man denn nicht die „Sube zugemacht“? Ein Fabrikbetriebsmittel, das sich nur durch geringe Entlohnung der Arbeiterschaft rentabel erhalten kann, würde am besten leistungsfähigere Fabriken den Platz räumen. Die schmutzigen, neuen Willen am Eingange der Tschangelschütz Zuckerfabrik, die sicher nicht den Zuckerproleten zur Wohnung dienen, beweisen aber die Rentabilität auch dieses Betriebsmittels. In unserm Flugblatt sind geradezu aufreizende Zahlen als Unternehmerrgewinne in der Zuckerindustrie angegeben, die den Lesern des „Proletariats“ bereits bekannt sind. Die dort angeführten Zuckerrübenfabriken sind Aktiengesellschaften, die durch das Gesetz gezwungen werden, alljährlich ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Dadurch erfährt auch die Öffentlichkeit, welche enormen Summen die Herren Aktionäre an „Entlohnungslöhnen“ einbringen. Die Zuckerrübenfabriken in der Umgebung Breslaus befinden sich nicht im Besitze von Aktiengesellschaften, sie brauchen daher ihre Reingewinne nicht zu veröffentlichen, doch auch von ihnen wissen wir, daß sie ihren Besitzern Riesengewinne einbringen. Sie sind vermögende Leute geworden, sie wohnen in Villen und können sich allen Luxus des menschlichen Lebens leisten. Schon seit Jahrzehnten versteht man es, aus dem Mehrwert der Arbeiterschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Zuckerrübenfabriken Riesengewinne herauszuwickeln. Als weiterer sichbarer Beweis dafür dient uns die Liebigshöhe in Breslau. Der Kaufmann Adolf Liebig hat diesen Prachtbau, der bisher wohl jeden Fremden anzog und von den einheimischen Breslawern mit Stolz gezeigt und gern angeführt wird, zum Ansehen an seinen Bruder Gustav in den Jahren 1866/67 erbauen lassen. Er machte der Stadt Breslau dieses schöne Bauwerk zum Geschenk, letztere schuf dann die prächtige landesherrliche Umgebung. Die Gebrüder Liebig waren Besitzer der Zuckerrübenfabrik Kleitendorf. Tausende armer Arbeiter und Arbeiterinnen haben frunden müssen, um die Umkosten dieses Millionengeschäftes aufzubringen.

Die Gewaltigen der Tschangelschütz Zuckerfabrik setzen sich einfach über die Bestimmungen des § 162 der Gewerbeordnung hinweg, indem sie den Eintritt ihrer Arbeiter in den Verband mit deren Entlassung bestrafen wollen. Diese armen Proleten sollen dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade unterworfen bleiben, für sie soll es keinen Weg zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage geben. Doch auch in Tschangelschütz läßt sich der Hegegeist nicht ausschalten, auch dort hat die Organisation der Arbeiter bereits eingesetzt. Wenn Maßregelungen erfolgen, so erhalten die davon Betroffenen sogleich höhere Lohnforderungen, als sie in der dortigen Fabrik bekommen. Unsere Organisation hat allein im Jahre 1906 35 216,25 Mark an Gewerkschaftsunterstützung für ihre Mitglieder geleistet.

Auf die übrigen Angriffe gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegungen eingehen, birgt der Firma zu viel Ehre zuweisen, hier spielt sie die Rolle des Käufers, der den Hund anbietet. Da wir dafür gefordert halten, daß die „Vollwacht“ eine eingehende

Replik auf das Tschangelschütz Zuckerfabrik Flugblatt brähe, und wir diese Nummer des Proletariats in mehreren hundert Exemplaren in die Hände der Arbeiterschaft von Tschangelschütz gelangen lassen, ist die Direktion wieder einmal ein Teil jener Kraft gewesen, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Solche Agitation zuzulassen wir auf dem flachen Lande!

Ein Arzt als Scharfmacher.

Zu dem in letzter Zeit viel behandelten Thema über die künftige Gestaltung der Krankenkassen bzw. der Krankenversicherung nimmt in der „Arbeitszeitung“ ein Arzt, angeblich langjähriger Kassenzar, das Wort. Er gibt sich rechtliche Mäße, den Beweis zu liefern, daß es Ärzte gibt, die in blinder Scharfmacherei und sozialer Einschüchlerigkeit den bocknersten Unternehmern nicht nachsehen. Wir erkennen auch an, daß ihm dieser Beweis, wenigstens soweit es seine Person betrifft, durchaus gelungen ist. Er behauptet, daß Kassennmitglieder „für jeden Dreck“ zum Arzt laufen, daß es „vom Standpunkt der Versorgung mit ärztlicher Hilfe geradezu ein Privileg (Vorrecht)“ ist, Arbeiter mit einem Einlösen unter 2000 Mk. zu sein, und daß „die Arbeiter: vielfach mit Beschwerden zum Arzt gingen, die Leute mit geschwächtem Verstand ruhig ertragen würden.“ — Es hieße dem sonderbaren Herrn zubiel Ehre antun, wollten wir Zeit und Raum verschwenden, um derartige Hirnverbrannten Unfluth zu widerlegen.

Aber ein andres ist interessant und beleuchtet prächtig den Eifer, die Bremsschläge am Karren der Sozialpolitik zu lockern, um das steten geliebte Ziel — rückwärts schieben zu können. Der „langjährige Kassenzar“ macht nämlich auch Vorschläge, wie dem Krankheitsbedürfnis, der Drückbergererei der bösen Arbeiter abgeholfen werden kann. Hier sind sie:

„Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß die Kassennmitglieder nicht mehr den Arzt zur Hilfe nehmen, als die besser situierten Privatpatienten. Und ein solches, sicher effektvolles Mittel würde sein, daß der Patient selbst immer noch einen Teil der Kosten der ärztlichen Hilfe zu tragen hätte. Wenn man sich vorstellt, daß von einer Kasse statt des Minimallohnes der Tage von 1 Mk. pro Konsultation heute nur 40 Pf. bezahlt wird, so sollte verordnet werden, daß im nächsten Quartal jeder Patient die Differenz, nämlich 60 Pf., persönlich und jedesmal dem Arzt zu entrichten habe. Dann würde zweifellos in diesem Quartal die Zahl der zum Arzt aufsuchenden Kranken so sinken, daß die Kasse in die Lage käme, für 40 Pf. 80 Pf. pro Quartal zu geben und den Zuschuß der Patienten auf 20 Pf. zu fixieren.“

Wäre der Gedanke nicht so verflucht gewesen, man wäre versucht, ihn herzlich dumm zu nennen! Die Krankenkassen zahlen ihre Beiträge, teilweise enorm hohen Entschädigungen an die Ärzte weiter, und dem armen Proletariat, der seine Gesundheit im Dienste des Kapitals geopfert hat, wird von den Ärzten noch eine Ersatzentschädigung abgeknöpft für seine Unverschämtheit, daß er armer ist. Das ist eine etwas deutliche Formulierung der Art, wie ein Arzt, daß die Krankenkassen eigentlich nicht der Kranken, sondern der Ärzte wegen da seien. Die Schlussfolgerung, daß die Zahl der zum Arzt konsultierenden dann abnehmen würde, ist richtig. Es wird zahlreiche Proletarier geben, die nicht jeden Tag 60 Pf. zum Arzt schleppen können, die also ärztliche Hilfe einfach entbehren müssen. Die Verwirklichung dieses verrückten Projekts würde also zur Folge haben, daß der Arbeiter eine Kassenentrichtung, zu der er gezwungen, vielleicht sogar seinen Beitrag bezahlt hat, nicht benutzen kann, weil er — kein Geld hat, um den Zuschuß an den Arzt zahlen zu können.

Aber die Weisheit — die Leser wollen entschuldigen, daß dies Wort in Verbindung mit diesem Herrn genannt wird — dieses famosen Arztes geht noch weiter. Er ist nicht nur Arzt des Körpers, sondern auch Arzt des Geldbeutels (wobei er allerdings die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß er, mindestens auf letztem Gebiete, ein arger Pfuscher ist). Man höre ihn nur in der Pose eines Moralpredigers:

„Aber ich meine, es muß doch einmal ausgesprochen werden, daß es eine Schande ist, wie im Leihzins oder im Duell in den Tag hineinzuheben, unbekümmert um den folgenden Tag. Es muß von jedem nicht geradezu idiotischen Staatsbürger, also auch vom Arbeiter, verlangt werden, daß er nicht alles, was er verdient, wieder ausgibt, sondern daß er für trübe Zeiten Ersparungen macht, damit er in den Tagen, in denen größere Ansprüche zu befriedigen sind, diesen gerecht werden kann. ... Oder will etwa jemand sagen, der Arbeiter verdiene nur eben so viel, daß er zu leben habe, er verdiene nur das Existenzminimum und könne davon keine Rücklagen machen? Für die große Masse der heute in die Krankenkassenversicherung eingeschlossenen gilt das sicherlich nicht, und für die Kinderzahl, nämlich diejenigen, welche nicht imstande gewesen sind, sich der Hungerlöhne zu erwehren, müßte dann eben im Falle der Not die Gemeinde, also die Armenbehörde, eintreten, wie für diejenigen, welche durch Unfall verarmt oder verkränkt worden sind, Rücklagen zu machen. Die Staatsverschuldung des Gemeinrechts aber sollte mit dem Verlust gewisser bürgerlicher Rechte verknüpft sein, nicht so sehr, um die Armen damit zu „strafen“, für welche diese Rechte ohnehin wenig zu bedeuten haben, als vielmehr, um die Arbeitenden anzuspornen, ihr Recht zu erhalten oder vielmehr es sich täglich neu zu erwerben.“

Dann, frech und brutal würden wir sagen, wenn es sich hier nicht um Vorschläge eines Arztes handelte, also eines Menschen, der selbstverständlich keine der oben angezogenen sozialen Eigenschaften besitzt. Vielleicht stammt das Elaborat aber auch nicht von einem Arzte, sondern aus der Reichsverbandshierarchie. Jedenfalls ist es eine bodenlose Unverschämtheit, den Arbeiter vorzuwerfen, sie lebten in „Leihzins oder Duell“ in den Tag hinein. Wenn ein solcher Vorwurf gegen die Beiträger erhoben wird, hat er zweifellos eine gewisse Berechtigung, den schwer ringenden und rechnenden Proletariats gegenüber charakterisiert ein solcher Vorwurf nur den moralischen Tiefstand und den geistigen Bankrott dessen, der ihn erhebt. Die Arbeiter aber ersehen aus solchen Projekten die Einschüchlerung und Struppelhaftigkeit der Kapitalistenklasse, die in Wäutern vom Söglage der „Arbeitszeitung“ ihr Leben treiben. Sie müssen dafür sorgen, daß die Bäume dieser Scharfmacherei nicht in den Himmel wachsen.

Streits und Lohnbewegungen.

— Wadenhausen a. G. Die Arbeiter der Deutschen Fabrik haben sich im Juni d. J. gedrängt durch die überaus geringe Entlohnung, organisiert, um gemeinschaftlich die Forderung ihrer Interessen in die Hand zu nehmen. Stundenlohn: von 21 Pf. und darunter wurden gezahlt; meistens wird jedoch in Accord gearbeitet. Die Accordlöhne ermöglichen einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 16—17 Mark, häufig darunter, selten darüber; wobei berücksichtigt werden muß, daß es sich um langjährig in der Branche tätige, geübte Arbeiter handelt.

Am 10. Oktober wurden der Direktion Forderungen unterbreitet, worin ein Stundenlohn von 30 Pf. und eine dementsprechende Erhöhung der Accordlöhne angetrebt wurde. Da die Direktion keinerlei Gegenmaßnahmen zeigte, reichte am 21. Oktober über 200 Kollegen, denen sich noch ca. 30 Arbeiter anschloßen, ihre Kündigung an. Im Verlaufe der Kündigungsfrist kam es zu Verhandlungen, und im Anschluß daran wurde den Kommissionsmitgliedern für jede Akordgruppe eine Lohnabelle nebst Belegzetteln ausgereicht. Die Kündigungsfrist ergab, daß der Stundenlohn durchschnittlich um 3 Pf. angehoben war. Die geforderten Accordlöhne waren für einzelne Gruppen ganz für eine Anzahl teilweise bewilligt. Nur die Holzwerkzeuge hatten keine Zulage zugewilligt erhalten, weil sie, wie es in dem Belegzetteln heißt, schon die vorherigen Accordlöhne von den bei uns beschäftigten Arbeitern erhalten haben!

In dem Begleitschreiben heißt es dann zum Schluss: „Ueber die jetzt von der Fabrikation gemachten Zugeständnisse wird bei n e s f a l l s herausgegangen werden. Am Montag, dem 4. November, wird der Betrieb ruhen und sodann bis auf weiteres völlig eingestellt werden, wenn die Arbeiter, die gekündigt haben, nicht bis Montag nachmittag 4 Uhr erklären, zu den neuen Löhnen weiterarbeiten zu wollen.“

Am Montag früh fand eine Versammlung statt, in welcher die gemachten Zugeständnisse als nicht in allen Teilen befriedigend bezeichnet wurden. Die Kommission wurde daher erneut beauftragt, zwecks Erlangung weiterer Zugeständnisse vorstellig zu werden. Die Verhandlung ergab, außer der Berichtigung einiger Irrtümer, weitere Vorteile nicht.

Zu dem vorliegenden Tatbestand nahm die am Nachmittags 5 Uhr stattgehabte Versammlung der Arbeiter endgültig Stellung. Der Gantler Kollege Grohmann-Hannover ließ den Verlauf der Lohnbewegung Revue passieren und betonte dabei, daß die Kollegen in ähnlicher Weise bisher gehandelt hätten und daß auch die Kommissionenmitglieder, sowie die Bevollmächtigten in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan hätten. Die Zugeständnisse seien zwar nicht in allen Teilen befriedigend, stellen aber doch gegenüber dem früheren Zustand einen wesentlichen Fortschritt dar. Mit Rücksicht auf die beginnende allgemeine Abflaumung der Wirtschaftskonjunktur und der kurzen Dauer der Organisationszugehörigkeit könne er den Streik nicht empfehlen, sondern ersuchte, die neuen Bedingungen anzunehmen. Der Vertreter des Völkerverbandes, Kollege Wagner-Nordhausen, schloß sich dieser Ansicht an.

Zu der geheimen Abstimmung wurde der gemachte Vorschlag mit 111 gegen 97 Stimmen angenommen. Kollegen! Ein kleiner Schritt nach vorwärts ist getan. Auch nahe zukünftige Parole muß sein: Einigkeit macht stark.

Barth a. d. Oßsee. Zu den Brauereien der Herren S. S. Schulz und J. A. Willahn wurde unsern Kollegen zugemutet, statt wie bisher von 6-7 Uhr in Zukunft von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends zu arbeiten. Die Kollegen machten aber gegen dieses Ansuchen einmütig und energig Front, und es gelang ihnen, diese Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abzuwehren. Wären die Kollegen nicht organisiert und einig gewesen, wäre ihnen die Abwehr nicht gelungen. Daran sollten sich die übrigen Arbeiter Barths ein Beispiel nehmen.

Greifenhagen. Hier haben wir bei dem Unternehmer Schulz beschäftigte Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit eingestellt. Jung nach Greifenhagen ist fernzuleiten.

Reustadt bei Koburg. Der Streik bei der Firma Gebhardt & Söhne dauert ununterbrochen fort. Die von den Arbeitern ausgehenden Verhandlungen sind gescheitert. Der Streik entstand bekanntlich wegen Verzögerung zweier organisierter Arbeiter. Die Firma behauptet, daß eine Verzögerung vorliegt. Der Beweis liegt jedoch dar, daß organisierte Arbeiter und dazu noch für ihre Interessen tätige, der Firma unbekannt waren. Einer Kommission der Gewerkschaft wurde von einem Mitarbeiter der Firma erklärt, nachdem hier die Grund der Entlassung erfahren wollten: Die Mühsalsträger müssen hinausgeschmissen werden.“ Dieser Erklärung der Herr Söhne gegenüber: Sie haben die Arbeitsstätte nicht rechtzeitig aufgesucht und damit sind sämtliche Arbeiter entlassen, wir gehen auf nichts ein.“ Es besteht also jetzt eigentlich kein Streik der Arbeiter, sondern eine regelrechte Aussperrung der Firma.

Neuere ist es ausserdem, einiges über die Lohnverhältnisse der Firma mitzuteilen. Vielleicht bieten diese einen besondern Anreiz für diejenigen, die während des Bestehens der Arbeitswilligen machen wollen und dadurch Verantw. an sich, ihrer Familie und der ganzen Arbeiterklasse aben. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt 2.-25 Pf. Die Arbeitsordnung sagt dann dazu, daß den Arbeitern bei dieser „Häufigkeit“ die Löhne nicht in den Himmel steigen. Sie werden in der nächsten Nummer die Zustände bei dieser Firma genau kennen lernen und dabei nachweisen, daß jeder Arbeiter in seinem eigenen Interesse gut tut, den Betrieb zu meiden.

der Direktor sein wahres Gesicht, indem er, die Notlage des Arbeiters ausnutzend, diesem schriftlich mitteilte, daß sein bisheriges Arbeitsverhältnis zum 26. Oktober gekündigt sei. (Gemeint ist die Aufhebung der bisherigen 14-tägigen Kündigungsfrist.) Außerdem wurde dem Arbeiter mitgeteilt, daß der Direktor auch die von ihm gemietete und bezahlte Wohnung gekündigt worden sei. Von nun an müsse er, der Arbeiter, Wohnung selbst mieten und auch den Mietzins bezahlen. Diese Veränderung ist gleichbedeutend mit einer Lohnreduzierung von 300 Mk. pro Jahr. Der Arbeiter, der hier fremd ist und infolge seines Gesundheitszustandes (er hat eine verkrüppelte Hand) gezwungen ist, nur in seinem Spezialfache zu arbeiten, wird vor die Alternative gestellt, sich entweder die angelegte Lohnreduzierung gefallen zu lassen oder mit seiner Familie den Wanderstab zu ergreifen, sich dem Heer der Arbeitslosen auf der Landstraße anzuschließen. Der Unternehmer aber wird verurteilt, von neuem willfährige Arbeitskräfte einzufangen, um später in ähnlichem Sinne zu verfahren. Fröh, Vogel, oder Stroh! so denken besonders diejenigen Arbeitgeber, die durch allenthalben Vorpiegelungen Arbeitskräfte aus weiter Ferne heranziehen. Am Bestimmungsorte angelangt, werden dann die Arbeiter und Arbeiterinnen der Spielball der Ausbeutungsgelüste dieser Unternehmerforde.

Ein andres Beispiel: Die Firma Rudenil, Arbeiterfabrik, Bergedorf, sucht ebenfalls fremde Arbeitskräfte, weil hier angeblich solche nicht in genügender Menge zu haben sind. Nach Ungarn, Böhmen und Süddeutschland hatte diese Firma ihre Agenten ausgesandt, um das ihr zuzugewandte Menschenmaterial zu erhalten. Unsummen von Geld werden hierdurch verschwendet, da in den meisten Fällen diese Arbeitskräfte, nachdem sie die örtlichen Verhältnisse kennen gelernt und eingesehen haben, daß mit den von der Firma gezahlten Löhnen auch nicht im entferntesten auszukommen ist, wieder von hier abziehen. Seit einiger Zeit versucht es die Firma mit Engländerinnen, die von der Hauptfirma in England angeworben und hierhergeschickt werden. Auch mit diesen hat die Firma bisher wenig Glück gehabt. Der erste Trupp ist bereits seit drei Wochen abgehoben worden, weil sich die Mädchen zu rebellisch gebärdeten, indem sie mit dem angewiesenen Logis, noch mit der Arbeitsmethode und den hier gezahlten Löhnen zufrieden waren. Ein zweiter Trupp, acht Mädchen, langte hier als Ertrag Ende Oktober an. Nach zehntägiger Tätigkeit wurden auch diese rebellisch und verweigerten die Arbeit, da ihnen andre Arbeit zugewiesen worden ist, als in England versprochen wurde. Diese unwilligen Rebellinnen wurden vom Direktor unter Einbehaltung des letzten Wochenlohnes entlassen. Vollständig mittellos, mußte sich die Gemeinde ihrer annehmen, welche sie aus den Privatlokalen in die Herberge brachte, um dort die inzwischen beim Gewerbeamt eingereichte Klage abzuwarten. Recht bezeichnend sind die Ausführungen, die in dem am Dienstag, dem 5. November, stattgehabten Situationsrat gemacht wurden. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Lampe, stellte unter anderem dem Herrn Direktor die Frage, weshalb in dem Betriebe nicht hiesige Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt würden. Der Direktor antwortete dem gegenüber mit der allbekannten Phrase, daß hier nicht genügend vorhanden seien. Ueber die Höhe der von ihm gezahlten Löhne befragt, machte er Angaben, die dem sonst gerade nicht arbeiterfreundlichen Bürgermeister Veranlassung zu der Bemerkung gaben, daß solche Löhne den örtlichen Verhältnissen nicht entsprechen und hier nicht gang und gäbe wären. Tatsächlich sind denn auch die Löhne so niedrig, daß es kein Wunder nimmt, daß hiesige Leute in diesem Betriebe nur im äußersten Notfalle Arbeit annehmen. Auf die niedrigen Löhne nur ist es zurückzuführen, daß Mangel an hiesigen Arbeitskräften vorhanden ist. Anstatt aber die Löhne zu erhöhen, werden Unsummen von Geldern für Anwerbung fremder Arbeitskräfte ausgegeben, die denn auch, weil sie in den weitaus meisten Fällen keine Mittel zur Abreise haben, zu willenslosen Ausbeutungsobjekten herabstinken. Mit diesem Umstand rechnen denn auch diese Unternehmer. Sind die Arbeiter erst eingekauft, dann werden sie auch gefangen. In der nächstfolgenden Weise werden diese Armen der Armen ausgebeutet, werden die Dividenden aus den Knochen dieser Arbeitskräfte herausgeschwunden.

Der Unternehmer kalkuliert aber noch weiter. Indem er recht viele willenslose Ausbeutungsobjekte erhält, ist er auch imstande, den arbeitslosen Arbeitern den Fuß auf den Nacken zu setzen, sie zu zwingen, zu denselben Hungerlöhnen zu arbeiten, wie ihre in der Fremde angeworbenen Mitarbeiter. Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Bergedorf-Sande und Umgebung haben daher ein immenses Interesse daran, diese herangeholten Arbeitskräfte auszuklären, ihnen den Weg zu zeigen, wie sie sich gegen die Ausbeutungsgelüste schützen können. Es muß ihnen gesagt werden, daß sie nur durch die Macht der Organisation imstande sind, ihre Lage zu verbessern. Vereint mit ihren Arbeitsbrüdern und Schwestern, haben sie, ungeachtet der Nationalität, des Glaubens und der Rasse, gegen das Unrecht der Organisation zu kämpfen. Sine in die Organisation, wie dieser noch nicht angeht, das muß unsere Lösung sein, wenn der immer mehr um sich greifenden Ausbeutung der Arbeiter, besonders der ungelerten, ein Ziel gesetzt werden soll.

Rundschau. Eine Sanktionsorganisation in Oesterreich. Ein Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist in Oesterreich gegründet worden. Wie wenig die Regierung von dieser Gründung erheitert ist, geht daraus hervor, daß dreimal andre Statuten eingereicht werden mußten, weil das Ministerium Bestimmungen des Statuts beanstandete, die in den Statuten anderer österreichischer Gewerkschaften enthalten sind. Gestern ist das Statut genehmigt worden. Gestern ist die Gewerkschaft, das Zentralorgan der österreichischen Gewerkschaften, hinzu: „Wenn wir boshafte wären, würden wir glauben, das Ministerium habe bei diesem zweimaligen Unterlassen“ der Herren Grafen und Baronen einen Liebesdienst erweisen wollen, da ja dieser Verband der ewigen Leitzugführer unserer patriotischen Stützen für Thron

und Altar wichtigsten zum Teil ein Ende machen wird. Aber unsere Minister tun so etwas nicht, und so bleibt nichts übrig, als daß man „dortant“ wie es im Amtsdeutsch so schön heißt, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter als besonders staatsgefährliche Leute anseht.“

Es ist also in Oesterreich nicht viel anders wie bei uns. Nur daß bei uns die Krautbarone noch mehr Einfluß auf die Regierung haben und dank dieses Einflusses es durchsetzen, daß der weitaus größte Teil der deutschen Bankarbeiter überhaupt kein Koalitionsrecht besitzt. Die Junkerfraktioniert ist eben international!

Der jungen Arbeiterorganisation wünschen wir eine gesunde Entwicklung und ihren Kämpfen den besten Erfolg.

Bekämpfung des Alkoholgenusses in den Fabriken. Neuerdings sind allenthalben Bestrebungen im Gange, das Unwesen des Bierkonsums in den Fabriken zu dämmen und anstatt des Bieres als Getränk die Milch einzuführen. Unter anderen Bemühungen auf diesem Gebiete sind die Erfolge der Gustafshütte der Bergischen Stahlindustrie-Gesellschaft in Remscheid bemerkenswert. Schon in den Jahren 1901/1902 konnte die Gesellschaft feststellen, daß die Entschlackungsbewegung unter der Arbeiterkraft immer mehr an Boden gewann. Einzelne Arbeitergruppen begannen in den Pausenstunden des Werkes sich einen Milchverkauf einzurichten. Durch dieses Beispiel angeregt, richtete 1905 die Gesellschaft die erste Dampfstockfische ein, zunächst für einen Tagesbedarf von 85 Liter, der sich allmählich auf 130 Liter steigerte. Die Milch wird zum Preise von 5 Pf. pro Vierteliter verkauft. In den heißen Sommermonaten wird außerdem kalter Kaffee umsonst verabreicht. Wie durch die Milchfaktorie der Bierverbrauch zurückgegangen ist, geht aus den folgenden Zahlen deutlich hervor:

Bierkonsum	Mineral- u. Selterswasserkonsum	Milchkonsum
pro Kopf u. Jahr	pro Kopf u. Jahr	pro Kopf u. Jahr
1903	93	3,85
1904	96	4,73
1905	87	5,01
1906	82	2,84

Die Milch wird als Getränk auf der Fabrik immer beliebter und verdrängt sogar das Mineralwasser.

Verbandsnachrichten.

Vom 12. November ab gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein:

- Köpenick 400,—, Bergedorf 800,—, Egel 267,12, Neuhalbensleben 74,64, Uelzen 71,94, Freising 301,—, München 1000,—, Harburg 800,—, Wittenberge (Berg. B.) 200,—, Biele 180,78, Mosbach 18,72, Sehrte 1,80, Ohlau 18,—, Barth 300,—, Blauenfelder Grund 800,—, Zwickau 400,—, Schlutup 330,—, Braunschweig 1600,—, Ludwigshafen 1400,—, Stettin 800,—, Grünberg 30,52, Ueckermünde 29,32, Weißwasser (D.-L.) 3,—, Sonneberg (S.-M.) 200,—, Hildesheim 600,—, Staßfurt 567,40, Schwedt a. D. 54,91, Friedland i. M. 400,—, Magdeburg 1600,—, Köln 1100,—, Leipzig 800,—, Stargard 4,20, Gießhacht 1,80, Pöbeln 600,—, Rheinfelden i. B. 213,56, Süder 1600,—, Mainz 800,—, Dresden 800,—, Stuttgart 500,—, Barmen 100,—, Eisenberg (S.-M.) 300,—, Blankenburg 300,—, Waltershausen 150,—, Borch 100,—, Jönitz 46,96, Neu-Debernitz 37,60, Jauer 35,44, Markredwitz 15,40.

Schlutz: Montag, 18. November, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Wählgang, Unterstützungsauszahlung!
Falls das Mitglied Clemens Dehme, Buch-Nr. 239 338, sich irgendwo meldet, ist ihm das Mitgliedsbuch abzunehmen, die Auszahlung jedweder Unterstüzung zu verweigern und seine Adresse dem Vorstand sofort mitzuteilen. Der Vorstand.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:
Zahlstelle Magdeburg. Ab 1. Januar 1908 pro Woche und männliches Mitglied 10 Pf.
Zahlstelle Singen. 5 Pf. pro Woche und männliches Mitglied.
Zahlstelle Dortmund. Ab 1. Januar 1908 pro Mitglied und Woche 5 Pf.
Zahlstelle Lägerdorf. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Eingegangene Zahlstellen.
Pollnow und Stargard.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
B.-Nr. 183 539, ausgestellt für Peter Burgai.
B.-Nr. 132 082, ausgestellt für Franz Thiele am 1. Februar 1906.
B.-Nr. 162 409, ausgestellt auf den Namen Nikol. Mang am 8. April 1906.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.
Genl. Kassierer Aug. Reineke, Binden, Belberstr. 11, II r.
Brunsbüttelkoog. W. Wielenberg, Ostermoorweg 6.
Esterwerbe. Otto Manig, Diehl.
Ohlau. Ernst Kinnast, Baumgarten b. Ohlau.
Tirichententh. Wilhelm Jnemann, Ringstraße 324.
Wernigerode. Wilh. Mehrhorn, Haffersode, Lagenteich 13.

Korrespondenzen.

* **Bergedorf.** So hätte, So hätte, hätte di, wenn es die junge, so hänge wie di. Diese Sammlung, die die Arbeiter des Mühlwerks des damaligen Königs von Brandenburg gesammelt haben, sollte auch von den Arbeitern und Arbeiterinnen benutzt werden, wenn sie sich von Agalun oder von den Unterwerfen direkt für einwärts anwenden lassen, wie folgende Beispiele zeigen:

„An der Arbeiterklasse. Friedrichsrufer Lohndienst bei Kleinbeck, erhebt, da angeblich Arbeiter und Arbeiterinnen in der hiesigen Gegend nicht genügend zu erhalten sind, fremde Arbeitskräfte aus allerwärts heranzuziehen. Unter diesen befinden sich auch ein paar Arbeiter aus Sibirien, der nach längerem Briefwechsel mit dem Direktor des Werkes sich herbeiließ, nach hier zu kommen, um im genannten Betriebe Arbeit zu nehmen, nachher hat er die von ihm geforderten Bedingungen vom Direktor folgende erhalten: „An die von Ihnen geforderten Ansprüche können wir eingehen (bedauert werden vom Arbeiter 90 Mk. Lohn pro Monat nicht jeder Wohnung, Licht und Heizung), da wir mit der Regierung zu erzielen ein tüchtiger Arbeiter sind, und Sie Ihre Arbeit zu unserer vollen Zufriedenheit machen können.“ Sie haben die Arbeit anzutreten.“ Er hat sich angeschlossen, ist die Direktion mit ihren Bedingungen recht zufrieden gewesen, da sie nur bedingungslos die Ansprüche des Arbeiters annehmen, und schließlich beschloß sich die Direktion in Bezug auf die von Sibirien geschickten Arbeiter, der diesen allmählich in dem Werke einzuführen. Dieser Schritt ist dem Arbeiter als ein großer Erfolg anzusehen, wenn der Arbeiter zur Zeit der Aufnahme ein ganzes Jahr hindurch bei der Firma geblieben ist. Der Arbeiter, der sich durch diese nachfolgenden Bedingungen ganz zufrieden lag, jedoch dann auch nur ein Jahr bei der Arbeiterklasse eintrat, zeigte

Zahlstelle Bremen.
Friedrich Röbe
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh.
Geschäftsführer.

Zahlstelle Lägerdorf.

Zahlstelle Harburg
2. Ortsbeamten (Agitationsleiter).
Heinrich Martens, Harburg (i. B.), St. Schöpfer 4.

Zahlstelle Barth a. d. Oßsee.

Zahlstelle Ziegel.
9. Stiftungsfest

Zahlstelle Stadtdendorf.
Grosses Stiftungs-Fest,
Die Ortsverwaltung.

E. A. H. Meister & Ko.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Altenstraße 5 - Hannover - Altnstraße 5